



28. Juni 2023

**Postulat**

von Florian Utz (SP)  
und Nicolas Cavalli (GLP)  
sowie 2 Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sich die Stadt Zürich als Miteigentümerin dafür einsetzen kann, dass die Flughafen Zürich AG auf die Finanzierung von Parteien und Abstimmungskämpfen verzichtet.

**Begründung:**

Wie kürzlich bekannt wurde, leistet die Flughafen Zürich AG erhebliche Beiträge an ausgewählte Parteien, insbesondere (aber offenbar nicht ausschliesslich) an die FDP. Die Flughafen Zürich AG schreibt dazu in ihrem Geschäftsbericht, dass sie jährliche Pauschalbeträge und in Wahljahren überdies Zusatzbeiträge an diejenigen im Kantonsrat vertretenen Parteien ausrichtet, die „sich zu einer wettbewerbsfähigen Schweizer Luftfahrt und Flughafeninfrastruktur“ bekennen. Mit anderen Worten werden die Beiträge der Flughafen Zürich AG also von einer Gegenleistung der Parteien abhängig gemacht, nämlich einem bestimmten Stimmverhalten im Kantonsrat.

Wenn Parteispenden an Gegenleistungen geknüpft werden, ist dies hochproblematisch. Es entsteht nämlich – zu Recht oder zu Unrecht – der Eindruck, dass gewisse Parteien und Politiker nicht die Interessen der Bevölkerung vertreten, sondern die Interessen ihrer Geldgeber. So wird letztlich das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie untergraben.

Im Fall der Flughafen Zürich AG geht die Problematik aber noch weiter. Diese AG gehört nämlich zu einem Drittel dem Kanton Zürich und zu gut 5 Prozent der Stadt Zürich. Dementsprechend steht der Gewinn der Flughafen Zürich AG wirtschaftlich gesehen zu rund 38 Prozent der öffentlichen Hand zu. Wenn nun aber der Gewinn durch politische Beiträge geschmälert wird, so geht dies letztlich auch zu Lasten der öffentlichen Hand. Dies wiederum führt dazu, dass faktisch – nicht direkt, sehr wohl aber indirekt – die Bevölkerung die Beiträge an einzelne politische Parteien mitfinanziert.

Es versteht sich von selbst, dass es nicht angeht, dass der Staat oder (teil-)staatliche Akteure ausgewählte Parteien finanzieren; vielmehr müssen der Staat und staatsnahe Unternehmen politisch neutral sein. Aus demselben Grund sind selbstverständlich auch allfällige Beiträge an Abstimmungskampagnen (wie beispielsweise jene zur Pistenverlängerung) zu unterlassen.



### Unterschriftenliste Mitunterzeichnende

Vorname, Name, Partei in Druckschrift:

Unterschrift:

<sup>1</sup> Snezana Blickenstafel, GLP

<sup>2</sup> Lisa Diggelmann, SP

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20